Am 2. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften zerschlagen

Arbeiterbewegung als Hauptfeind der Nazis

Im Namen der VVN-BdA hat Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider aus Anlass des 75. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis erklärt:

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 war ein sichtbares Zeichen der Beseitigung der Demokratie. Schon im Februar 1933 wurden Gewerkschafter verhaftet und misshandelt, Anfang März Gewerkschaftshäuser von Nazihorden gestürmt und demoliert. Während antifaschistische Gewerkschafter gemeinsam mit anderen Arbeiterorganisationen konkret Widerstand in Betrieben und Wohngebieten organisierten, beschränkte sich die Führung des ADGB auf schriftliche Eingaben an Reichspräsident von Hindenburg. Mehr noch: Im April 1933 verabschiedete der Vorstand des ADGB einen Aufruf zur Teilnahme an dem von den Nazis inszenierten »Tag der nationalen Arbeit«.

Doch diese Anpassung wurde nicht honoriert. Am 2. Mai 1933 besetzten SA und SS die Gewerkschaftshäuser. Funktionäre wurden verhaftet, in Duisburg fünf von ihnen brutal ermordet. Die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) übernahmen die Führung, bevor Mitte Mai die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) als Zwangsorganisation mit den Unternehmern an der Spitze der »Betriebsgemeinschaft« geschaffen wurde.

Der 2. Mai 1933 macht deutlich:

- Die faschistische Bewegung richtete sich in aller Brutalität gegen die organisierten Kräfte der Arbeiterbewegung. Wer sich – wie die NSDAP – für die politischen und expansionistischen Interessen des großen Kapitals einsetzt, der muss die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen. Dies gilt in modifizierter Form auch heute.
- Der Versuch, dem faschistischen Vormarsch mit Erklärungen und Petitionen an den Reichskanzler entgegenzutreten, war ein verhängnisvoller Irrtum. Noch dramatischer waren die Folgen der Anpassung an die Vorgaben der faschistischen Machthaber. Damit entwaffneten sich die Gewerkschaften in ihrem antifaschistischen Handeln.
- Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es in den Gewerkschaften viele aufrechte Antifaschisten gab, die unter Einsatz von Freiheit, Gesundheit und Leben den Widerstand gegen den Faschismus organisierten.

Die Lehren aus diesem Datum wurden nach der Befreiung 1945 mit der Wiedergründung der Gewerkschaften als Einheitsorganisation gezogen. Eine zweite Konsequenz ist die antifaschistische Orientierung der Gewerkschaften. Sie bekämpfen heute in den Betrieben, in ihren eigenen Reihen und natürlich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit rassistisches Denken und Neofaschismus. Sie sind damit zentrale Bündnispartner im antifaschistischen Handeln heute und morgen.

Mahnung: »... es kann wieder geschehen«

60 Jahre Ehrenmal der VVN für die Opfer des Faschismus

In Mainz versammelten sich Ende April 50 Menschen auf dem Mombacher Waldfriedhof, um die Grundsteinlegung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus vor 60 Jahren zu begehen.

Am 21. März 1948 wurde der Grundstein von Domkapitular Schwalbach und Vorstandsmitgliedern der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) in Erinnerung an die elf Millionen Toten aller Nationen gelegt. »Aus der Bruderschaft der Nationen, die im Zuchthaus und Konzentrationslager wuchs, soll eine neue Aera der Völkerverständigung und des Völkerfriedens entstehen,« heißt es in dem Dokument, das damals im Grundstein eingemauert und während der Feierlichkeit am Samstag verlesen wurde.

Es begleiteten die Feierlichkeit die beiden Musiker Unge Schmitt (Gitarre) und Romeo Franz (Geige), die die Redebeiträge stimmungsvoll miteinander verbanden.

Die Begrüßung erfolgte durch die Landesvorsitzende der VVN-BdA Sibylle Meisenzahl-Michel. Sie unterstrich die Bedeutung dieses – in Mainz einzigartigen – Ehrenmals für die Opfer des Faschismus und die Bedeutung der Erinnerung in einer Welt, in der sich Rassismus und Rechtspopulismus wieder im Aufwind befinden.



Feier zum 60-jährigen Bestehen des Mainzer Mahnmals. Bild: VVN Mainz

Nach einem Grußwort des Stadtrats, das Rainer Christ (SPD) vortrug, berichtete Heinz Leiwig von der wechselvollen Geschichte des Steins, der 1948 in die Obhut der Stadt Mainz übergeben wurde. Heinz Leiwig, dessen Vater das Lager auf der Ingelheimer Aue durchleiden musste, ist Historiker. Er hat intensiv zum Faschismus in Mainz geforscht und seine Ergebnisse unter anderem in dem Buch »Leidensstätten in Mainz“ publik gemacht. Er sprach von den ersten Schmierereien am Stein in den fünfziger Jahren und von der Entfernung des eingemeißelten Winkels, der an die Leiden der Häftlinge in den KZs erinnern sollte. 1962 wurde unbefugt ein Kreuz an seine Stelle gemeißelt, was Leiwig als Schändung dieses Mahnmals wertete.

Auch der ehemalige Kulturdezernent der Stadt Mainz, Dr. Anton Maria Keim hob in seiner Ansprache die Bedeutung von Erinnerung hervor und betonte welche Gefahren im Vergessen liegen: »Es kann passieren, dass man zweimal in den gleichen Fluss steigt, der einen schon einmal fortgerissen hat – und zur Zeit deutet leider vieles darauf hin,« beendete er seine Rede. Dem schloss sich Frau Meisenzahl-Michel an, als sie mit den Worten des italienischen Auschwitz-Überlebenden Primo Levi die Veranstaltung beschloss: »Es ist geschehen. Und es kann wieder geschehen.«

Weitere Informationen über die Geschichte des Mahnmals können unter www.mainz.vvn-bda.de eingesehen werden.

Veteranentreff der NS-Gebirgsjäger schwächelt

Kriegsverbrecher hielten sich fern

150 Antifaschisten und Antimilitaristen haben am 3. und 4. Mai in Mittenwald zum siebten Mal gegen den völkischen Kameradenkreis der Gebirgstruppe demonstriert, der hier auf dem Hohen Brendten seit über 50 Jahren sein Treffen – gemeinsam mit der Bundeswehr – durchführt.

Es kamen nur noch 500 Veteranen und Aktive zusammen, die Bundeswehr entsandte eine Delegation mit einem Oberleutnant. Vorsichtig ging man auf Distanz zur Kriegsverbrechergeschichte der 1. Gebirgsdivision. Mutmaßliche Täter wie Josef Scheungraber hielten sich diesmal fern. Dutzende von ihnen sind inzwischen in Italien, in Abwesenheit, verurteilt worden. Gegen Scheungraber soll demnächst in München verhandelt werden. Ulrike Düwel und Jochen Vogler vom NRW-Landessprecherkreis der VVN-BdA, haben mit weiteren VVN-Mitgliedern wieder an den Protesten teilgenommen, sie wurden diesmal nicht von der Polizei behelligt. Sie sahen im Zurückweichen der Gebirgstruppe – erstmals durfte sie nicht zu Pfingsten erscheinen –, ein optimistisch stimmendes Resultat. »Ein nächstes Mal wird es hoffentlich nicht geben – sonst kommen wir wieder«, sagten sie. Gemeinsam mit Landesgeschäftsführer Jürgen Schuh hatten sie ein VVN-Transparent mitgebracht: »NS-Gebirgsjäger hinter Gitter«. **US / JS**

Bild: Jochen Vogler

VVN-BdA: »Gegen Zerstörung der Kultur«

Vor 75 Jahren: Die Schande der Bücherverbrennungen

»Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen«, formulierte Heinrich Heine vor über 150 Jahren. Daran erinnert eine Erklärung der VVN-BdA zum 10. Mai, Jahrestag der faschistischen Bücherverbrennungen.

Die Errichtung der faschistischen Herrschaft vor 75 Jahren war nicht allein mit Straßenterror, Verhaftungen und der Beseitigung demokratischer Rechte verbunden. Es ging den Nazis gleichermaßen um eine ideologische Gleichschaltung.

Viele demokratische Schriftsteller und Künstler flohen vor dem faschistischen Terror ins Exil. Mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« schufen die Nazis Anfang April 1933 eine formaljuristische Legitimation, um antifaschistische und jüdische Wissenschaftler und Lehrkräfte aus Universitäten und Schulen zu vertreiben.

Auch deren Gedanken und die von ihnen vertretenen Ideen sollten aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit eliminiert werden. Dazu inszenierten faschistische Studenten des NSDStB am 10. Mai 1933 in den Universitätsstädten des Deutschen Reiches Bücherverbrennungen. In aller Öffentlichkeit, unter Beteiligung der Professoren und der Studentenschaft wurden Werke marxistischer und jüdischer Wissenschaftler, demokratischer und pazifistischer Schriftsteller und Künstler als »undeutsche Literatur« vernichtet. In den folgenden Wochen fanden ähnliche Veranstaltungen in anderen Orten des Reichs statt.

Vernichtet wurden die Werke von Ernst Barlach, Walter Benjamin, Bertolt Brecht, Franz Kafka, Erich Kästner, Carl von Ossietzky, Erich Maria Remarque, Anna Seghers, Stefan Zweig und Carl Zuckmayer, um nur einige wenige zu nennen. Auf den Listen der »undeutschen Literatur« standen die Werke der besten deutschen Dichter und Wissenschaftler.

Der »Kampf um die Köpfe« wurde von dem faschistischen Terrorregime mit aller Vehemenz fortgesetzt. Es folgten Berufsverbote, Vertreibungen, Ausbürgerungen und andere Terrormaßnahmen. Grausam bestätigte sich, was Heinrich Heine knapp 100 Jahre zuvor in einem Gedicht formulierte: »Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen«.

Wir gedenken dieses Datums, da es – wie kein zweites – faschistischen Ungeist und die Zerstörung der demokratischen Kultur belegt.

Wer sich an dieses Datum erinnert, sollte sich den humanistischen Gehalt der Werke der »verbrannten Dichter« und Wissenschaftler aneignen. Viele von ihnen haben in deutlichen Worten die sozialen Probleme der damaligen Zeit angeprangert und zugleich vor der faschistischen Bedrohung gewarnt. Bewahren wir dieses demokratische und humanistische kulturelle Erbe für heute und morgen.

Aber dieses Datum ist nicht nur historisch zu verstehen. Die Strategie der NPD heute zielt ebenfalls auf den »Kampf um die Köpfe«. In der Konsequenz werden linke Künstler angegriffen, ihre Auftritte behindert, wie in Halberstadt oder in Wernigerode. Auch dagegen richtet sich unser politisches Gedenken zur Bücherverbrennung.

Ehrung für die jüngsten Holocaust-Opfer

Zug der Erinnerung rollte nach Oswiecim-Auschwitz

Das rollende Museum zum Gedenken an die weit über eine Million durch die Nazis deportierten und ermordeten Kinder und Jugendlichen ist nunmehr im Staatlichen Museum Oswiecim angekommen und wird dort bis zum 10. Mai zu besichtigen sein. Nach über 60 Stationen im gesamten Bundesgebiet ging in den letzten Tagen die Reise über Berlin nach Brandenburg und Sachsen.

Letzte Station in der BRD war Görlitz am 4. und 5. Mai. Seit dem Start am 7. November 2007 in Frankfurt/M. haben über 200 000 Menschen die Ausstellung besucht. Vom 13. bis 22. April war der Zug auf fünf Berliner Bahnhöfen zu sehen.

Die Überlebende von Auschwitz und Ravensbrück, Ester Bejarano, Rednerinnen und Redner der Initiative »Zug der Erinnerung«, der Jüdischen Gemeinde, der Sinti und Roma und Berliner VVN-BdA sowie Mitglieder des Bundestages und des Berliner Senates begrüßten am Abend des 12. April auf einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor den Zug der Erinnerung. Nach einem Gedenkgang stellten die Demonstranten auf dem Potsdamer Platz 4646 Kerzen auf, die an die aus Berlin deportierten Kinder und Jugendlichen erinnerten.



4646 Kerzen leuchten am Abend des 12. April auf dem Potsdamer Platz. Bild: Kappa Photo



Warten am Zug der Erinnerung im Westhafen. Bild: Dirk Stegemann

Zehn Tage später zog der Sprecher der Berliner Initiative »Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin«, Dirk Stegemann, während der abschließenden Mahnwache des Berlin-Aufenthalts vor dem Bahntower am Potsdamer Platz eine überaus positive Bilanz. Er dankte den Berlinern für ihr außerordentliches Interesse und ihre Anteilnahme am Schicksal der während der Nazizeit deportierten Kinder und Jugendlichen – den Unschuldigsten der Unschuldigen.

Dank für überwältigendes Interesse in Berlin

Das Interesse an der Ausstellung war überwältigend. Noch am letzten Tag des Berlin-Aufenthaltes von zehn Tagen kamen Tausende zum Bahnhof Berlin-Grunewald. Insgesamt haben in Berlin rund 30 000 Menschen die Ausstellung in den beiden Waggons besucht und nahmen bis zu drei Stunden Wartezeit – zum Teil bis in den späten Abend – in Kauf. Etwa weitere 20 000 fanden wegen der räumlichen Enge keinen Einlass mehr; sie verharrten vor dem Zug in stillem Gedenken, legten Blumen nieder und entzündeten Kerzen. Das gleiche Bild bot sich auch in allen Orten, in denen der Zug Station machte. Überall konnte man das gleiche Bild sehen: Alle Besucher, die die Ausstellung verließen, waren sehr nachdenklich und bedrückt, unter ihnen zahlreiche Jugendliche bzw. Teenies, wie man heute sagt, – viele von ihnen hatten feuchte Augen.

Auch das gab es: Zwei Jungen, acht und zwölf Jahre alt, deren Großeltern zu den Naziopfern gehörten, übergaben dem Zug eine Spende, die sie zuvor bei ihren Freunden gesammelt hatten: 87 Euro – eine bewegende und anrührende Geste.

Wie in anderen Städten zuvor so gab sich auch in Berlin die Politprominenz von der Exposition tief beeindruckt. Zu ihnen zählten Bundesverkehrsminister Tiefensee, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi (Linke) sowie weitere Bundestagsabgeordnete und Bezirksbürgermeister. Übereinstimmend würdigten sie das große Engagement der Initiatoren. Einige Redner verurteilten zugleich das Desinteresse und die Sabotagehaltung der Deutschen Bahn AG, die immer neue formalistische Hürden für den Zug der Erinnerung auftürmte. Die Haltung der Bahn wurde wiederholt als politisch instinktlos bezeichnet. Auch die Deutsche Bahn AG müsse sich der Vergangenheitsbewältigung als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn stellen. Die Reichsbahn hatte bis Frühjahr 1945 mit »deutscher Gründlichkeit« und Ergebenheit gegenüber den braunen Machthabern die Deportation von rund 3,5 Millionen Menschen in die Vernichtungslager organisiert. Viele der damaligen Verantwortlichen der Reichsbahn haben nach 1945 in Westdeutschland weiter Karriere gemacht – man brauchte schließlich »Fachleute«.

Den Initiatoren des Zuges der Erinnerung kann und muss man bescheinigen, dass sie eine großartige Arbeit geleistet haben. Ihnen ist es überzeugend gelungen, die Schicksale der deportierten Kinder und Jugendlichen der Vergessenheit zu entreißen und zugleich Verantwortliche dieser Deportationen nachhaltig anzuprangern.

Denis Ruh

Die Berliner VVN-BdA lädt ein:

Lilo Herrmann (1909 - 38)
vor 70 Jahren hingerichtet wegen Landes- und Hochverrat

Veranstaltung mit Siegfried Grundmann und Hans Coppi sowie Lothar Letsche aus Stuttgart

am
Donnerstag, 19. Juni 2008 um 19 Uhr

im
Robert-Havemann-Saal,
Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

»Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht«

Nach Blockade: Prozesse gegen Nazi-Gegner

Wer die Aufforderung zur Zivilcourage befolgt, bekommt es mit der Polizei zu tun. Etlichen beherzten Demonstrantinnen und Demonstranten drohen jetzt Strafen, weil sie diese Aufforderung ernst genommen hatten und am 1. Dezember letzten Jahres Nazis entgegentraten.

Damals marschierten 600 Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik für ein rechtes Jugendzentrum durch Berlin-Neukölln. Teile des Bezirks Neukölln gelten als Hochburg der gewaltbereiten Neonaziszene, die NPD sitzt in der Kommunalvertretung, seit Jahren fordern Nazis hier ein »Nationales Jugendzentrum«.

Am Rande des Nazi-Aufmarsches kam es immer wieder zu Protesten. Über 1000 Menschen stellten sich auf verschiedenste Art und Weise den Neonazis in den Weg. Auf der von einem breiten Bündnis organisierten Gegenkundgebung redeten u.a. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper (SPD), und der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Gregor Gysi. Momper und Gysi wiederholten unter dem Beifall der Demonstranten ihre Forderungen nach einem Verbot der NPD. Ein Verbot der NPD sei »eine Bringepflicht der Politik in diesem Land«, sagte Momper. Gysi bezeichnete die NPD als »verfassungswidrig«. Einhellig begrüßten sie das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Neonazis.

Etlichen beherzten Demonstrantinnen und Demonstranten drohen nun Strafen, weil sie diese Aufforderung ernst genommen hatten. Etwa 100 Personen hatten friedlich die Route der Nazis blockiert. Die Polizei drängte die Blockiererinnen und Blockierer von der Straße und stellte die Personalien von 40 Personen fest. Das Berliner LKA leitete daraufhin Bußgeldverfahren gegen die Blockiererinnen und Blockierer wegen »unerlaubter Ansammlung« (§113 OWiG) ein. Nun sollen sie Bußgelder in Höhe von 223 Euro zahlen.

»Unerlaubte Ansammlung«

Gegen die Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam initiierte die Berliner VVN-BdA unter dem Motto »Ob in Neukölln, Dresden, Halbe oder anderswo - Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht« einen Aufruf zur Rücknahme der Bußgeldbescheide. Ein VVN-Sprecher: »Es geht doch nicht an, dass Politiker Zivilcourage gegen Rechtsextremismus anmahnen, dann aber die Polizei couragierte Antifaschistinnen und Antifaschisten von der Straße räumt und mit Bußgeldverfahren überzieht.«

Über 50 Initiativen, Abgeordnete, Gewerkschafter und unabhängige antifaschistische Gruppen unterschrieben bisher den Aufruf. Darunter der ehemalige grüne Bezirksbürgermeister Jörn Jensen, der stellvertretende Vorsitzender von ver.di Berlin, Peter Schrott, die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Linke) und Evrim Baba (Linke) aus dem Berliner Abgeordnetenhaus. Auch der AK Antifa der Jusos Berlin und die LAG Rechtsextremismus der Partei DieLinke haben sich dem Protest angeschlossen. Zahlreiche Einzelpersonen unterstützen die Betroffenen mit Geldspenden. Weitere Unterstützerinnen sind natürlich willkommen! Der Aufruf und das Spendenkonto sind auf der Homepage der Berliner VVN-BdA zu finden: http://berlin.vvn-bda.de.

Unterdessen entwickelt sich das Vorgehen des Berliner Landeskriminalamts (LKA) zu einer Farce: Obwohl Polizeipräsident Dieter Glietsch einräumte, dass der Einsatz an diesem Tag »insgesamt völlig friedlich und problemlos gelaufen« war und aus verschiedenen Abgeordnetenhausfraktionen starkes Unbehagen über das Vorgehen der Polizei geäußert wurde, blieb der friedliche Protest für die politische Abteilung des LKA strafwürdig. Nachdem viele Blockierer gegen die Kriminalisierung von Zivilcourage Einspruch einlegten, erhielten einige neue Bußgeldbescheide über 50 Euro, bei anderen wurden die Verfahren eingestellt, einzelne sollen weiterhin 223 Euro bezahlen. Eine bereits angesetzte Gerichtsverhandlung wurde kurzfristig verschoben, da die Polizei ein »Beweisvideo« der Verteidigung nicht rechtzeitig zur Verfügung stellen konnte.



Auf mehrere Einsprüche antwortete die Polizei mit bürokratischen Schikanen: fristgerecht eingereichte Einsprüche wurden mit der lapidaren wie dreisten Begründung abgelehnt, der behördeninterne Dienstweg habe zu lange gedauert. Mit ersten Verfahren ist im Mai zu rechnen. Viele Betroffenen haben sich zusammengetan um sich gemeinsam gegen diese Schikanen zu wehren. Eines ist klar: Bezahlt wird nicht!

Artur Nähring

Die Berliner VVN-BdA lädt ein:

Karl Beerens (1909-43)
Widerstandskämpfer aus Kreuzberg

Veranstaltung mit Frieder Böhne und Hans Coppi

am
Dienstag, 13. Mai 2008 um 19 Uhr

in der
TEE-LESE - Teehandlung Antiquariat und Kulturtreff, Grossbeerenstrasse 56

DVD zur Festveranstaltung

Mitte April erscheint ein Film von Ramona Rodriguez über die Festveranstaltung »60 Jahre Berliner VVN« am 19. Januar 2008 im Abgeordnetenhaus.
Die DVD gibt eine 30-minütige, eindrucksvolle Rückschau auf die Festveranstaltung und dokumentiert ungekürzt drei Ehrungen von Überlebenden des NS-Terrors und ehemaligen Widerstandskämpfern.
Sie ist gegen Spende (ca. 5,- € plus Porto) zu beziehen bei der Berliner VVN-BdA,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Telefon: 29 78 41 78



Angriff auf Grundrechte

Breiter Widerstand gegen den Versammlungsgesetz-Entwurf

Die von Naziaufmärschen permanent gepeinigten und deshalb besonders engagierten Menschen im fränkischen Gräfenberg gehörten zu den ersten, die erkannt hatten: Der Gesetzentwurf zu einem neuen Bayerischen Versammlungsgesetz stellt einen massiven Angriff auf Grundrechte, auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit dar.



Künftig verboten? Eine »einschüchterne Wirkung« auf Nazis war beabsichtigt bei der Kundgebung für Toleranz in München im April 2005, zu der auch der OB und die Kirchen aufgerufen hatten. Foto: Werner Rauch

Inzwischen hat der Protest gegen das Gesetzesvorhaben (antifa berichtete) auf breiter Front zugenommen. Mit einem ersten bayernweiten Aktionstag am 26. April für die Rettung der Versammlungsfreiheit wurde versucht, eine breitere Öffentlichkeit darüber zu informieren, was in dem – bisher von den Medien nur wenig publik gemachten – Gesetzesentwurf wirklich steckt.

Nachdem von Anfang an wichtige Initiativen von ver.di und anderen Einzelgewerkschaften ausgegangen waren, veröffentlichte nun der DGB Bayern am 22. April eine Presseerklärung, in der unter anderem stand: »Der DGB Bayern und die acht bayerischen Gewerkschaften fordern gemeinsam die im Landtag vertretenen Parteien auf, das geplante bayerische Versammlungsgesetz abzulehnen. Der vorliegende Entwurf stellt einen unzulässigen Eingriff in das grundgesetzlich garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit dar und kollidiert massiv mit den Interessenslagen der Gewerkschaften.«

Das geplante Gesetz sehe vor, die zuständigen Behörden mit zusätzlichen Rechten auszustatten, mit denen sie weitreichender und empfindlicher als bisher in die Planung und Organisation von Veranstaltungen eingreifen können, so der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser. Insbesondere Gewerkschaften seien davon betroffen. »Unliebsame Redner von Versammlungen auszuschließen, gibt Behörden die Befugnis, auch in Tarifaktionen und Streikversammlungen einzugreifen. Das können wir nicht akzeptieren.«

Wer sich den Entwurf des Versammlungsgesetzes genauer ansieht, wird Fritz Schösser beipflichten. Nahezu jede Form gemeinsamer politischer Meinungsäußerung, sei es im Freien oder in geschlossenen Räumen, wäre künftig behördlicher oder polizeilicher Willkür ausgeliefert.

Beispiele aus dem Gesetzentwurf: »Eine Versammlung ist eine

(Fortsetzung auf Seite 6)

Erklärung der VVN-BdA Bayern zum

Entwurf des Bayerischen Versammlungsgesetzes

Der Entwurf für ein Bayerisches Versammlungsgesetz ist eine massive Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, weil es öffentliche Versammlungen und Demonstrationen mit Auflagen versieht, welche ein Grundrecht zu einem Gnadenrecht seitens der Behörden machen. Diese Behinderung widerspricht dem Charakter eines Grundrechts.

Gerade die Versammlungsfreiheit gehört zu den wesentlichen Freiheitsrechten überhaupt; im Grundgesetz sind sie an vorderster Stelle verankert.

Dies war eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Nazisystem. Denn unmittelbar nach der Machtübernahme hatte die Hitler-Regierung durch eine Notverordnung die Grundrechte außer Kraft gesetzt; freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wurden zwölf Jahre lang unterdrückt.

Demokratie aber lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist gerade die Versammlungsfreiheit von grundlegender Bedeutung; sie darf nicht eingeschränkt werden.

Die Bayerische Staatsregierung begründet das geplante Gesetz vor allem mit der Notwendigkeit, besser gegen das zunehmende Auftreten von Neonazis vorgehen zu können. Tatsächlich gibt es den Wunsch vieler Menschen und vieler Gemeinden, den Naziprovokationen etwas entgegensetzen zu können.

Eine Einschränkung des Versammlungsrechts aber ist der falsche Weg in der Auseinandersetzung mit Neonazis, denn es besteht die Gefahr, dass damit vor allem das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern behindert wird, die sich gegen Neonazis wehren. Deren Zivilcourage ist zu unterstützen statt zu behindern.

(Fortsetzung auf Seite 6)

NPD-Bundesparteitag

Bamberg und die Region wehren sich

Am Wochenende 24. und 25. Mai soll – so der Stand der Gerichtsentscheide bei Redaktionsschluss dieser *antifa* – der Bundesparteitag der NPD in Bamberg stattfinden. Damit wollen die Neonazis ein weiteres Zeichen weit über Franken hinaus setzten, dass sie trotz des Widerstandes, der ihnen in der Region entgegengesetzt wird, ihre Provokationen fortsetzen. Die Stadt Bamberg und ihre Bürgerinnen und Bürger haben wiederholt öffentlich deutlich gezeigt, dass sie die NPD nicht dulden wollen.

Auch nach der unverständlichen Gerichtsentscheidung will ein breites Bündnis am betreffenden Wochenende seinen Protest artikulierten. Zu ihm gehört auch die VVN-BdA Bamberg. Deren Mitglieder bitten schon jetzt alle Kameradinnen und Kameraden, Freundinnen und Freunde aus ganz Bayern, die an diesem Wochenende Zeit haben, ihnen bei ihrem Protest zur Seite zu stehen.

Aktuelle Informationen dazu im Internet unter www.vvn-bda-bamberg.de

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der ***antifa*** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Monika Huber, Kirchdorf, 88 Jahre; Hans Besold, Unterhaching, 85 Jahre; Martin Löwenberg, München, 83 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 80 Jahre; Brigitte Raab, München, 65 Jahre.

Juni: Anton Pompl, Schwandorf, 91 Jahre; Hans Taschner, Inning, 97 Jahre; Emma Engelhardt, Schwarzenbach, 86 Jahre; Fritz Feuerer, München, 86 Jahre.

(Fortsetzung von Seite 5)

Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinung ausgerichteten Erörterung oder Kundgebung.« Sie müsste deshalb angemeldet werden. Für ein »Militanzverbot« werden in der Begründung gemeinsam getragene Fahnen, Anstecker oder Schilder aufgeführt und es heißt im Entwurfstext, dass Versammlungen, mit denen »eine einschüchternde Wirkung verbunden ist«, künftig verboten seien.

In weiteren Artikeln des Gesetzentwurfs wird deutlich gemacht, dass Versammlungsleiter und Ordner als verlängerte Arme der Polizei zu wirken hätten und von den behördlichen Stellen als »unzuverlässig« abgelehnt werden können. Eine nahezu uneingeschränkte personelle und auch filmische Überwachung von Versammlungen durch die Polizei wird festgeschrieben. Mit dem Passus, dass Versammlungen verboten werden können, wenn »Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigt werden«, ist Tür und Tor für jedes Demonstrationsverbot geöffnet.

Im Bayerischen Landtag machen inzwischen auf unterschiedliche Art SPD und Grüne Opposition gegen das geplante Versammlungsgesetz. Außerparlamentarisch wächst der Widerstand. Die Gewerkschaften haben mit dem 1. Mai weitere Proteste angekündigt, neben der VVN-BdA ist eine Vielzahl unterschiedlichster Organisation inzwischen bei Aufklärungs- und Gegenmaßnahmen dabei. Dennoch: Der Druck muss noch viel größer werden, damit – als erster Schritt – verhindert werden kann, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet wird. Fritz Schösser: „Dieser leichtfertige Umgang mit dem Versammlungsrecht ist inakzeptabel."

Ernst Antoni

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.



Station auf dem Gedenkweg am Karavan-Kunstwerk. Als Redner wandte sich Ernst Grube, Landessprecher der VVN-BdA, gegen Versuche, NS-Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen. Bild: Bierwirth

Zweierlei Erinnern in Regensburg

Keine Tafel für Opfer des Faschismus

Wenn es um die Pflege des Weltkulturerbes geht, ist den politisch Verantwortlichen in Regensburg nichts zu viel. Es wird poliert und restauriert und Gedenktafeln erzählen, was vor 500 Jahren war. Leider hat diese Erinnerungspolitik einen Haken: Die jüngere deutsche Geschichte kommt im Stadtbild nicht vor. Oder nur am Rande.

Da, wo das Kulturerbe ganz präsent ist, vor der Steinernen Brück über die Donau, im Stadtteil Stadtamhof, startet alljährlich am 23. April der von Luise Gutmann, Vorsitzende der VVN-BdA in Regensburg, organisierte »Gedenkweg für die Opfer des Faschismus«. Nichts – keine Erinnerungstafel oder Mahnmal erinnert daran, dass in dem schmuck restaurierten Gebäude mit dem Schriftzug »Colosseum« ein Außenlager des KZ Flossenbürg war. In der Nacht zum 23. April 1945 begann hier der Todesmarsch für über 400 gefangene Zwangsarbeiter.

Einer von ihnen war Tadeusz Sobolewicz, heute 85 Jahre alt, der nach Auschwitz, Buchenwald und Flossenbürg, seine Befreiung nach 278 Kilometern am 1. Mai 1945 in Laufen an der Salzach erlebte. 65 Gefangene hatten das Colosseum in Regensburg nicht überlebt. Dem restaurierten Gebäude ist das nicht anzusehen, es ist eine feine Adresse mit schicken Wohnungen.

In eine von diesen zog auch die junge schwedische Studentin Karolina Heed mit ihrem Mann Benjamin. Doch sie verließen sie sehr schnell, wie sie einigen hundert Zuhörern berichtete, die in diesem Jahr der Opfer des Faschismus gedachten. »Als wir hörten, was hier passiert ist, sind wir sofort ausgezogen«, sagte Karolina Heed und fügte hinzu: »An diese Menschen muss sichtbar erinnert werden.«

Das forderte auch Hans Simon-Pelanda, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehem. KZ Flossenbürg, der die unsägliche Peinlichkeit der politisch Verantwortlichen Regensburgs thematisierte: »Es ist immer noch nicht gelungen, ein gemeinsames Gedenken an die Opfer des Faschismus einzurichten und eine Tafel anzubringen.«

Fünf Stationen umfasst der Gedenkweg der Regensburger Antifaschisten, die an das Leben und Sterben aller Verfolgten erinnern. Und zu Wort kommen dabei diejenigen, die an diesem Tag ihrer Toten und Märtyrer gedenken: Sozialisten, Kommunisten, Juden, Zeugen Jehovas und Homosexuelle.

Einen Tag später, am 24. April, gedachten die CSU-Spitze und katholische Würdenträger des Todes von Domprediger Johann Maier, einem Priester, der am 23. April die kampflose Übergabe der Stadt gefordert hatte und dafür ermordet wurde. **Waltraud Bierwirth**

(Fortsetzung von Seite 5)

Eine Einschränkung des Versammlungsrechts ist auch deshalb der falsche Weg, weil es gerade Ziel der Rechtsradikalen ist, Freiheitsrechte des Einzelnen zugunsten eines starken Staates abzubauen und letztlich zu beseitigen.

Deshalb gilt: Jede Einschränkung demokratischer Rechte schwächt Demokratie und stärkt Neonazis.

Das Grundgesetz ist eine Antwort auf die Nazidiktatur und deshalb nicht wertneutral. Man hatte 1945 erlebt und erkannt, dass Nazipropaganda nicht bloß eine politische Meinung gewesen war, sondern von Anfang an Verbrechen beinhaltete und auf diese abzielte. Deshalb sollten Grundrechte nie mehr für diejenigen gelten, die sie abschaffen wollen, deshalb wurden Naziorganisationen verboten und sollten Nachfolgeparteien ebenfalls verboten werden.

Die VVN-BdA sieht darin einen Auftrag des Grundgesetzes bis heute. Deshalb kann es nur darum gehen, Neonazi-Organisationen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu versagen und Parteien wie die NPD zu verbieten. Dafür haben sich im letzten Jahr über 175 000 Menschen per Unterschrift im Rahmen unserer Kampagne »nonpd« eingesetzt.

Es liegt an den Regierungen in Bund und Land, den Weg für ein Verbotsverfahren gegen die NPD und deren Nachfolgeorganisationen endlich freizumachen, indem die Spitzel des Verfassungsschutzes aus der NPD zurückgezogen werden.

Grundrechte sichern und das Grundgesetz ernst nehmen: Verbot von Naziorganisationen statt Einschränkung von Grundrechten.

VVN-BdA Bayern, April 2008

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
Fax: (089) 538 94 64
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure geänderte Adressen oder Bankverbindungen mit.

»Zeitschleife« nach Terezín

VVN-BdA Sachsen besuchte die Gedenkstätte Theresienstadt

Die Mitglieder des Landesvorstandes Sachsen der VVN-BdA besuchten im Rahmen einer Vorstandstagung am 15. April 2008 die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus im böhmischen Terezín.

Jirji Hampel, Vertreter des befreundeten tschechischen »Verbandes der Kämpfer für die Freiheit«, begrüßte die Delegation herzlich. Die sächsischen Antifaschisten besichtigten zuerst die »Kleine Festung«, ein gar nicht kleiner Wall aus der Zeit der K. u. K.-Monarchie, den die deutschen Faschisten nach der Okkupation der Tschechoslowakischen Republik und der Errichtung des so genannten »Protektorats Böhmen und Mähren« zu einer Folterhölle ausbauten. Zehntausende Menschen aller Herren Länder waren ab 1941 hier eingekerkert, mussten Entbehrungen, Hunger, Krankheiten und Tod erleiden. Die Konfrontation mit erhaltenen Zeitzeugnissen wie Unterkunftsräume, Einzelzellen, Schießstand und Beschreibungen des Gefängnisalltages überforderten das Vorstellungsvermögen der Teilnehmer.



VVN-Landesvorsitzende Regina Elsner richtet in Theresienstadt erinnernde Worte an sächsische und tschechische Antifaschisten.

Der anschließende Besuch des Ghetto-Museums verdeutlichte in exzellenter Ausstattung das vorher Gesehene und Gehörte. Nicht gezählte Anschauungstafeln künden vom Leben im Ghetto und von der Absicht der deutschen Faschisten, der Welt vorzugaukeln, den in Theresienstadt lebenden Juden habe man eine »Heimstatt« gegeben. Dabei überlebten die wenigsten Insassen des Lagers. Theresienstadt diente von Anfang an als Durchgangslager für die vielen Transporte in die Gaskammern der Vernichtungslager.

Regina Elsner, Landesvorsitzende des VVN-BdA Sachsen, legte vor den Mauern der »Kleinen Festung« ein Blumengebinde zum Gedenken an die Opfer der faschistischen Barbarei nieder. Sie versicherte, daß die sächsischen Antifaschisten alles tun werden, um die Erinnerung an das Leiden und den Kampf der Verfolgten des Naziregimes zu bewahren.

Jonny Michel

Der bewaffnete Arm der NPD

Fünf Führungskader des »Sturm 34« vor Gericht in Dresden

»Sturm 34« war eine Neonazi-Kameradschaft im sächsischen Kreis Mittweida, auf deren Konto zahlreiche Straftaten gingen. Benannt nach einer einst in der Nähe stationierten SA-Brigade, gegründet März 2006, verboten ein gutes Jahr später durch den sächsischen Innenminister.

Zum Zeitpunkt des Verbots zählten 50 bis 60 Neonazis zum harten Kern, um sie geschart ein Umfeld von weiteren 100, zumeist jüngeren Personen. Das war der allgemeine Kenntnisstand. Das war er zumindest bis zum Beginn des Prozesses wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und anderer Straftaten gegen fünf Führungskader vor dem Landgericht Dresden.

Inzwischen ist alles ganz anders. Nun fragen sich Prozessbeobachter, ob das Verfahren überhaupt mit einer Verurteilung enden wird. Gleich zu Beginn hat sich nämlich ein V-Mann des Staatsschutzes, der auf der Anklagebank sitzt, selbst enttarnt. Den ursprünglichen Dementis der Behörden, dem Verweigern von Auskünften mit der Ausflucht, es handele sich um ein laufendes Verfahren, folgten schnell zaghafte Eingeständnisse und bald das Geständnis, der spätere V-Mann habe sich bereits vor der Gründung an die Polizei gewandt. Dessen Vorwürfe haben es in sich: Er habe die Staatsschützer zeitnah über anstehende Straftaten informiert, diese hätten sie nicht verhindert.

Innenministerium informierte nur zögerlich

Hat das Innenministerium mehr verschwiegen als informiert? Erst jetzt, ein Jahr nach dem Verbot des »Sturm 34«, wurde enthüllt, dass es bereits seit 2003 eine Vorgängergruppe namens »Division Sächsischer Sturm« gegeben hatte. Der harte Kern war identisch mit dem des späteren »Sturm 34«. Auch auf das Konto dieser Neonazis gingen bereits zahlreiche Straftaten.

Und erst jetzt, nach Materialzusammenstellungen von Antifaschisten und der Landtagsfraktion der Partei DieLinke, wird allmählich zugegeben, dass »Sturm 34« auch nach dem Verbot in der Region weiterhin Angst und Schrecken verbreitete. Allein in der Kleinstadt Burgstädt gab es in einer Woche fünf Verletzte durch Nazis aus dem Umfeld dieser Gruppe. Bekannte Mitglieder bedrohten in der gleichen Woche zwei Belastungszeugen in Taura und verletzten einen. Zumeist tauchen diese Straftaten gar nicht erst im Polizeibericht auf.

Inzwischen aber wird vor allem immer deutlicher, dass es sich bei den militanten Neonazis des »Sturm 34«, so die Landtagsabgeordnete der Linken Kerstin Köditz, um »den bewaffneten Arm der NPD« gehandelt hat. Brauchte der NPD-Kreisvorsitzende Saalschutz für eine Veranstaltung mit den Nazi-Sängern Annett und Michael, rief er den jetzigen Hauptangeklagten Tom W. an. Wurden schlagkräftige Leute für eine Demonstration der JN gebraucht, rief man nach dem »Sturm 34«. Kam der Bruder des Anführers in Konflikt mit der Justiz, so kam von der NPD das Geld für den Rechtsanwalt. Die Verbindungen, dokumentiert in den Prozessakten, reichten bis in die NPD-Landtagsfraktion. Öffentlich dagegen geht die NPD auf Distanz: Beim »Sturm 34«, so der Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel, habe es sich um »eine unpolitische Chaostruppe« gehandelt.

Der sächsische Innenminister Albrecht Buttolo hat übrigens – wen verwundert es – kein Material für ein mögliches neues Verbotsverfahren an den Bundesinnenminister geliefert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Volkmar Wölk

Redaktion: Karin Jeschke
Nächster Redaktionsschluss Montag, 16. Juni 2008.
Zuschriften bitte an den goldenbogen verlag
Bärensteiner Str. 30
01277 Dresden
Tel.: (0351) 31585-0
Fax: (0351) 31585-29
E-Mail: afa@goldenbogenverlag.de

Internationaler Frauentag

Gedenkkundgebung bei Valvo für Zwangsarbeiterinnen

Am Sonntag, dem 9. März 2008 trafen sich VVN-BdA-Mitglieder wie jedes Jahr zur alljährlichen Gedenkkundgebung anlässlich des Internationalen Frauentages bei den Zwangsarbeitergräbern vom Valvo-Röhrenwerk auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

Einen Redebeitrag hielt Julia Konosova aus Minsk, die zurzeit für die Aktion Sühnezeichen ein Praktikum in der Gedenkstätte Neuengamme absolviert. Anschließend wurden am Mahnmal für die Zwangsarbeiterinnen Blumen niedergelegt. »Alles war wunderschön«, schrieb uns Julia Konosova, »außer der Zahl der Teilnehmer an der Veranstaltung. Es gab nicht mehr als 20 Menschen und es kamen keine Jugendlichen. Diese Tatsache wundert mich immer wieder hier in diesem Land. Am Gedenkstein für die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen war ich im September 2007 schon ein Mal zusammen mit einer Gruppe von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen. Sie fanden es sehr wichtig, diesen Ort zu besuchen und dort ein Kranz niederzulegen. Gerade vor zehn Jahren haben diesen Platz zwei andere ehemalige Zwangsarbeiterinnen und KZ-Häftlinge besucht. Frau Kurljak und Frau Maksa haben an einer Veranstaltung der VVN teilgenommen. Frau Kurljak hat danach erzählt, dass sie besonders Tulpen züchtet, um die dann am 9. Mai als Erinnerung an die Opfer des Krieges an einem Grabstein niederzulegen. Die Frauen aus der VVN fanden diese Idee sehr gut und haben dieses Jahr ein Kranz aus Tulpen für diese Veranstaltung besorgt. Frau Kurljak bekommt bald davon ein Photo übersandt.« **Traute Springer-Yakar**

Ausstellung in Neuengamme: Verfolgung Homosexueller

Homosexuellen-Verfolgung in Hamburg 1919 – 1969. Sonderausstellung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme 26. April bis 16. Juli 2008.

Grete Dreibrodt gestorben

Sie beteiligte sich an Widerstand und Wiederaufbau

Am 19. Februar konnte Grete Dreibrodt aus Harburg noch ihren 100. Geburtstag erleben. Wenige Tage danach starb das älteste Mitglied der Hamburger VVN-BdA.

Margarete Bergmann, geboren in Harburg, wuchs in einer sozialdemokratischen Familie auf. Als Kind erlebte sie die Hungerwinter des Ersten Weltkriegs. In der Weimarer Republik wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und der KPD. Sie heiratete den Zimmermann Paul Dreibrodt, der ebenfalls Kommunist war.

Während der faschistischen Diktatur beteiligten sich beide am Widerstand. Ab 1942 unterstützten sie die Widerstandsorganisation um Bästlein, Jacob und Abshagen. Sie halfen zusammen mit Paul Dreibrodts Schwester Grete Glißmann dem Harburger Widerstandskämpfer Karl Kock, der auf der Flucht war und steckbrieflich gesucht wurde. Paul Dreibrodt wurde am 5. März 1943 festgenommen. Grete wurde mehrfach von der Gestapo verhört, hielt aber stand und sagte, sie hätte von allem nichts gewusst. Paul wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Celle verbüßen musste.

Als sich 1945 die alliierten Truppen Celle näherten, wurde Paul Dreibrodt zusammen mit anderen Gefangenen ins Mecklenburger Zuchthaus Bützow-Dreibergen abtransportiert. Hier starb er am 28. Mai 1945 an den Folgen der Haft.

Grete Dreibrodt gehörte 1945 zu den »Frauen der ersten Stunde«. Sie half bei der Aufarbeitung der Geschichte des Widerstandes und stellte eine erste Totenliste der Harburger Opfer des Faschismus zusammen. Sie leistete einen wichtigen Beitrag zum Entstehen des Buches »Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933 – 1945« und war Mitautorin des Buches »Die Anderen« über den Widerstand in Harburg und Wilhelmsburg. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie in einem Harburger Senioren- und Pflegeheim. Wir werden sie nicht vergessen und sprechen ihrem Sohn Heinz Dreibrodt unser tiefes Mitgefühl aus.

Hans-Joachim Meyer

Lesben im Faschismus

Viele homosexuelle Frauen litten in Konzentrationslagern

Ein ausgefallenes Thema hatte sich die Kreisvereinigung Mitte der VVN-BdA zum Internationalen Frauentag ausgesucht. Über »Lesben im deutschen Faschismus« referierte im Billstedter »Kulturpalast« Bea Trampenau, die seit Jahrzehnten in der Hamburger Lesbenbewegung tätig ist.

Sie ist auch Mitglied der VVN-BdA. Ihr Vater, der Wilhelmsburger Kommunist Richard Trampenau, wurde 1933 zum Tode verurteilt, weil er einem »Stahlhelmer« erschossen haben sollte (was aber nicht stimmte), und dann zu lebenslangem Zuchthaus »begnadigt«.

Die Forschung über Lesben im Faschismus gestaltete sich sehr schwierig. Lesbische Liebe war kein Straftatbestand, allerdings nicht aus Gründen der Toleranz, sondern weil man der Frau nach damaliger Sichtweise keine eigenständige Rolle in der Sexualität zubilligte. Die Frauen hatten einfach für den Mann »da zu sein«. Für Schwule gab es den § 175, er wurde von den Nazis 1935 erheblich verschärft.

Auch für Lesben erwogen die Nazis eine Bestrafung. Sie ließen aber davon ab, weil einige angebliche »Experten« schwadronierten, mit lesbischem Verhalten sei es vorbei, wenn erst der »richtige Mann« komme. Dennoch wurden Lesben verfolgt, denn sie widersprachen ganz extrem dem faschistischen Frauenbild, wonach die Frau an der Seite ihres Mannes möglichst viel Nachwuchs, vor allem rassereine künftige Soldaten, produzieren sollte. Die Lebensweise der Lesben galt bei den Nazis als »asozial«. Wenn sie auffällig wurden, kamen sie in Gefängnisse, »Fürsorgeheime« und auch in Konzentrationslager, wo sie meist den schwarzen Winkel trugen. Nur im KZ Ravensbrück gab es Lesben, die ausdrücklich wegen lesbischer Liebe eingesperrt wurden. In den KZs wurden Lesben oftmals in Lagerbordelle gezwungen.

> Lebensweise homosexueller Frauen galt als »asozial«

Trotz der schwierigen Quellenlage gibt es umfangreiche Forschungen. Bea Trampenau erwähnte hier besonders die Professorin Ilse Kokula, ebenfalls eine langjährige Aktivistin der Lesbenbewegung, die im vorigen Jahr für ihre Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz bekam.

Lesben waren aber nicht nur Opfer, sondern auch Täterinnen. Bekannt ist eine SS-Frau im Neugrabener Außenkommando des KZ Neuengamme. Wegen ihres kurzen Haarschnitts wurde sie von den Häftlingen »Bubi« genannt. Sie verliebte sich in eine tschechische Jüdin, folgte ihr zu den weiteren Stationen Tiefstack und Bergen-Belsen und schaffte es immer wieder, zu den Bewacherinnen zu gehören. Als die SS Bergen-Belsen verließ, zog sie sich Häftlingskleidung an und blieb bei ihrer Freundin im Lager. Sie wurde aber von der britischen Militärjustiz aufgespürt und, weil sie Häftlinge geschlagen hatte, zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Hans-Joachim Meyer

Bahn behindert Gedenken an Deportierte

Zug der Erinnerung mit vielen weiteren Veranstaltungen

Bis zum letzten Tag versucht die Deutsche Bahn AG, den »Zug der Erinnerung« zu behindern, der seit November mit seiner Ausstellung durch die Bundesrepublik fährt. Der von einer Bürgerinitiative organisierte Zug gedenkt mit seiner Wanderausstellung der Deportation in die faschistischen Vernichtungslager.



Überlebende des Holocaust beim Eintreffen des Zuges der Erinnerung in Hamburg. Ester Bejarano (Hamburg), hinter ihr Zwi Steinitz (Tel Aviv). Vorne rechts im Bild Steffi Wittenberg (Hamburg).
Bild: GNN-Verlag

Wo immer er Station machte, hatten Initiativen zugleich auch Ergebnisse regionaler Spurensuche zusammengetragen, fanden viele Veranstaltungen der Erinnerung statt. Am 13. April sollte der Zug Berlin erreichen, bevor er dann über brandenburgische Bahnhöfe weiter nach Auschwitz/Oswiecim fährt.

Anfang April nun teilte die Bahn AG kurz und bündig mit, dass der Berliner Hauptbahnhof aus »betrieblichen« Erfordernissen für den Zug gesperrt werde. Ähnlich hatte das Unternehmen Ende März in Hamburg agiert: Nur aufgrund zahlreicher Proteste unter anderem der Jüdischen Gemeinde konnte erreicht werden, dass der Zug wenigstens einen kurzen Tag im Hauptbahnhof stehen konnte und die Ausstellung danach vier Tage im Altonaer Bahnhof zu besichtigen war. In Köln hatte die Bahn die Verlängerung der Ausstellung verweigert, um die die Organisatoren aufgrund des großen Besucherandrangs gebeten hatten.

Nicht zuletzt empören die hohen Gebühren, mit denen die Bahn AG den »Zug der Erinnerung« belegt: Pro Ausstellungsaufenthalt verlangt sie zwischen 22 und 45 Euro pro Stunde, pro gefahrenen Kilometer 3,50 Euro, dazu Gelder für Nachtabstellung, Stromanschlüsse (ohne Verbrauch) usw. Bei einer Gesamtstrecke von rund 6000 km und 60 Stationsaufenthalten von mindestens zwei Tagen summieren sich die Forderungen auf zirka 100 000 Euro. Trotz aller Appelle, denen sich inzwischen sogar CDU-Ministerpräsidenten und Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen angeschlossen haben, will die Bahn AG die Forderungen eintreiben und keinen einzigen Cent als Spende zurückerstatten. Die Deutsche Bahn AG als »Erbe des 'Sondervermögens Deutsche Reichsbahn'« wolle »offensichtlich ein weiteres Mal an den früheren Deportationen verdienen«, schrieb die Berliner Initiative.

Auch der Berliner Bürgermeister Wowereit forderte die Deutsche Bahn auf, das Projekt zu unterstützen: »In der deutschen Hauptstadt ist der Holocaust erdacht und geplant worden. Die Juden Berlins sind von den Nationalsozialisten systematisch in die Vernichtungslager gebracht worden, und zwar mit der Eisenbahn. Deshalb muss es gerade in Berlin möglich sein, dass ein verdienstvolles Gedenkprojekt wie der 'Zug der Erinnerung' in unserer Stadt jede Form von Unterstützung erhält.«

Bus-Exkursion nach Sandbostel

Auch in 2008: Fahrten zu Museen und Gedenkstätten

Die Harburger VVN-BdA veranstaltet wie in jedem Jahr auch 2008 Busfahrten zu Museen und Gedenkstätten. Am Sonnabend, dem 5. Juli, geht es zur Gedenkstätte Sandbostel bei Bremervörde.

Sandbostel war ein großes Kriegsgefangenenlager (Stalag X B). Kurz vor Kriegsende wurden aus evakuierten Konzentrationslagern auch KZ-Häftlinge nach Sandbostel getrieben. Es herrschten Hungerunruhen und unbeschreibliche Zustände. Die neue Gedenkstätte auf dem Lagergelände ist größer und reichhaltiger geworden.

Die Busfahrt beginnt um 9.00 Uhr am ZOB Hamburg und um 9.30 Uhr vor dem Helms-Museum an der Knoopstraße in Harburg. Kosten: 20 Euro; für Arbeitslose, SchülerInnen und Azubis 10 Euro.

Anmeldung bei: VVN-BdA Hamburg, Adresse und Telefonnummer siehe Kasten. **hjm**

Redaktion: W. Siede
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

»Täter – Opfer – Widerstand« Antifa-Filmreihe

Das Metropoliskino zeigt in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA Dokumentar- und Spielfilme zu Faschismus und Widerstand. Die Vorstellungen beginnen jeweils um 17.00 Uhr.

Sonntag, 25. Mai
Fahrenheit 451
Im imaginären Staat Insamuch ist das Lesen unter Strafe gestellt. Im Zentrum des Spielfilms (Francois Truffaut, GB 1966) steht der Feuerwehrmann Montag. Seine Aufgabe: Er verbrennt Bücher. Eine Begegnung mit Clarisse, Mitglied der Untergrundorganisation »Büchermenschen«, verändert das Leben des treuen Staatsdieners.

Sonntag 29. Juni
Hitler an der Macht
Geschildert wird die politische Seite der so genannten Machtergreifung. Der Dokumentarfilm (Wolfgang Kniepenheuer, BRD, 1962) macht anhand von originalen Filmzeugnissen die Entwicklung unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 deutlich.

Offener Brief an Innenminister VVN: NPD verbieten!

175 000 Menschen haben den Appell an den Bundestag »nonpd« unterstützt. Er ging zurück auf die von der VVN-BdA im Januar 2007 gestartete Unterschriftenaktion. Damit wurden die Abgeordneten des Bundestages aufgefordert, ein neues NPD-Verbotsverfahren zu prüfen. Die niedersächsische Landesregierung wurde von der VVN-BdA aufgerufen, die Aktion zu unterstützen.

In einer Zeit zunehmender Rechtsentwicklung, verbreitetem rassistischen Gedankengut, von Naziaufmärschen an fast jedem Wochenende und zunehmender sozialer Kälte rief die Unterschriftenaktion u.a. bei den Gewerkschaften ein großes Echo hervor. Gleichzeitig wurde die Forderung nach einem Verbot der NPD von zahlreichen, auch überregional bekannten Menschen und Organisationen laut erhoben.

Nun sah sich Bundesinnenminister Schäuble gezwungen, die Innenminister der Länder aufzufordern, eine Zusammenstellung von rechtsextremen Straftaten, die nicht durch eingeschleuste V-Männer erkundet wurden, zu erarbeiten.

Ausgerechnet die unionsgeführten Länder mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern verweigern sich dieser Aufforderung. Das alles teilte die VVN-BdA dem niedersächsischen Innenminister mit.

Wörtlich heißt es: „Die VVN-BdA mahnt Sie, Herr Schünemann, der Aufforderung von Minister Schäuble umgehend nachzukommen. Sowohl unsere Veröffentlichungen als auch die Veröffentlichungen der Zeitschrift »Der Rechte Rand« sowie Internetdienste wie »idafar« liefern allen ‘Unwissenden’ reichlich Material, das jedem zugänglich ist – ganz ohne V-Leute. Wir fordern: Die rassistische, undemokratische und antisemitische NPD muss verboten werden!

Gedenkveranstaltung für Opfer der Deportationen

Als die Stadt Lüneburg an ermordeten Sinti und Roma verdiente

Am zweiten Sonntag im März erinnerte in Lüneburg eine Gedenkveranstaltung an die Verfolgung, die Deportation und die Ermordung der Lüneburger Sinti. Rund 60 Menschen nahmen an der Veranstaltung der Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA teil, die auf dem Gelände der Firma Sieb & Meyer stattfand.

Auf dem heutigen Areal der Firma befand sich früher ein Notunterkunfts-Lager, in dem die Lüneburger Sinti ab 1941 wohnen mussten, nachdem man ihnen verboten hatte, in ihren Wohnwagen im nördlichen Bereich der Goseburg zu verbleiben. In den Morgenstunden des 9. März 1943 wurden alle Sinti dort in ihren Wohnungen von einem größeren Aufgebot der Lüneburger Kriminalpolizei festgenommen, mit bereitstehenden Lastwagen oder Omnibussen nach Hamburg-Veddel in ein Auffanglager verbracht und von dort nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Das Hab und Gut, welches die Lüneburger Sinti zurücklassen mussten, wurde in der Stadt Lüneburg verwertet: es wurde öffentlich versteigert. Von dem Erlös dieser Versteigerungen ließ sich die Stadt Lüneburg die Miete für die Wohnungen der Sinti bis einschließlich Mitte Juli 1943 vergüten – für einen Zeitraum also, an dem die »Mieter« bereits alle im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau interniert und die Schwächsten unter ihnen bereits nicht mehr am Leben waren.

Nach einer Begrüßung durch den Kreissprecher der Lüneburger VVN-BdA, Olaf Meyer, hielt die Landtagsabgeordnete Andrea

500 000 ermordete Roma und Sinti niemals vergessen

Schröder-Ehlers (SPD) eine Ansprache, in der sie auch die Grüße des Lüneburger Oberbürgermeisters übermittelte. Im Anschluss daran schilderten Peter Asmussen und Johannes Schmidt von der Geschichts-AG der VVN-BdA die Situation der Lüneburger Sinti, die Stationen der Verfolgung und die Deportation.

Niemand und nichts ist vergessen – unter diesem Motto stand die Veranstaltung. Ein Motto, das wohl eher eine Hoffnung und die Arbeitsgrundlage der VVN-BdA beschreibt, als die gesamtgesellschaftliche Realität. Die Opfer des deutschen Faschismus sind oft vergessen worden und nur noch selten wird an sie gedacht. Besonders davon betroffen sind die Roma und Sinti. Zum einen liegt dies daran, dass es eine jahrhundertlange Tradition der Verfolgung und Ausgrenzung von den »Zigeunern« nicht nur in Deutschland gibt.

Diese Verfolgung und Ausgrenzung gipfelte dann in der massenhaften Ermordung in den deutschen Vernichtungslagern durch die Nazis. Insgesamt fielen ca. 500 000 Sinti und Roma ihrem Rassenwahn zum Opfer. Doch auch heute werden Sinti und Roma ausgegrenzt und sind von rassistischen Übergriffen betroffen.

Olaf Meyer betonte in seiner Ansprache, »dass die Veranstaltung nicht nur Blick zurück sein soll, sondern auch eine Aufforderung an alle, heute jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Faschismus zu bekämpfen. Denn die Opfer des deutschen Faschismus verpflichten uns dazu.«

Bilder und weitere Infos: www.vvn-bda-lg.de

Symbol für Völkermord und Rassenwahn

Fahrt in das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz geplant

Auschwitz war das größte nationalsozialistische Konzentrationslager, es lag ungefähr 60 Kilometer westlich von Krakau in Polen. Am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Dieser Tag wird mit Gedenkveranstaltungen begangen. Diesmal wurde dabei auch eine Fahrt nach Auschwitz geplant.

Das Lager wurde 1940 auf Befehl Heinrich Himmlers errichtet und diente sowohl als Arbeitslager als auch ab 1941 als Vernichtungslager. Geleitet wurde es nacheinander von den SS-Obersturmbannführern Rudolf Hoeß, Artur Liebehenschel und Richard Baer.

Der Komplex setzte sich aus drei Einzellagern zusammen: das Stammlager (Auschwitz I, errich-

Sofortige Vernichtung oder Zwangsarbeit

tet zwischen Mai und Juli 1940), Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II, errichtet 1941/42 und Auschwitz-Monowitz (Auschwitz III, 1941 als Zwangsarbeitslager errichtet). Weiterhin gab es noch 39 Außen- und Nebenlager. Häftlinge wurden anfangs in Auschwitz II »selektiert«. Wer als nicht arbeitsfähig erachtet wurde, den vergaste die SS meist sofort in einer der vier als Duschräume getarnten Gaskammern Birkenaus.

Eine weitere Gaskammer befand sich in Auschwitz I. In diesen Tötungseinrichtungen konnten täglich mehrere tausend Menschen ermordet werden. Die arbeitsfähigen Gefangenen mussten für verschiedene deutsche Firmen, darunter die IG Farben arbeiten. Es gab kaum sanitäre Einrichtungen, kaum medizinische Versorgung. Hunger und Seuchen waren an der Tagesordnung.

Im November 1944 wurden angesichts der vorrückenden sowje-

(Fortsetzung auf Seite 9)

Hunger und Kälte quälten die Gefangenen

Gedenkfeier auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Hörsten

Aus Anlass der Befreiung des KZ Bergen-Belsen und der sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Stalag XI C lud die VVN-BdA Niedersachsen zu einer stark beachteten Gedenkfeier am 13. April auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof in Hörsten ein.



VVN-Landessprecherin Mechthild Hartung und Mark Tilewitsch legen in Hörsten zum Gedenken ein Blumengebinde nieder. Bild: mrg

Es war gelungen, Kontakt zu einem der wenigen noch Überlebenden in Moskau zu knüpfen. So sprach als wichtigster Gast der fast 86-jährige Mark Tilewitsch zu den Anwesenden. Eigentlich hatte er vermittelt, er rede nicht gerne, weil die Anwesenden meist nicht richtig zuhören. Aber dann quoll es aus ihm heraus – die kleine Orientierungshilfe in Form eines winzigen Zettels vernachlässigte er immer wieder.

Mit 18 Jahren war er in die Rote Armee einberufen worden, schon mit 19 Jahren wurde er in Litauen verwundet und gefangen genommen, von dort in das Stalag nach Wietzendorf verschleppt. Darauf folgten Fluchtversuch und erneute Gefangennahme, insgesamt dreimal floh er aus Arbeitslager, Stammlager und Arbeitskommando, wurde immer wieder gefasst, bis er zum Schluss ins KZ Sachsenhausen verschleppt wurde. Heute ist er Vizepräsident des Internationalen Sachsenhausen-Komitees und des russischen Verbandes ehemaliger KZ-Häftlinge.

Über 20 000 sowjetische Kriegsgefangene wurden in Hörsten menschenunwürdigen Bedingungen unterworfen und dann ermordet. Ab 1940 bestand das Stalag in Hörsten, in dessen Nähe ab 1943 das KZ Bergen-Belsen errichtet wurde. Die erste Maßnahme der Wehrmacht bestand darin, um die

Solidarität im Loch und etwas Körperwärme

Kriegsgefangenen Stacheldraht zu ziehen, Wachtürme aufzustellen und – wie Mark Tilewitsch berichtete – geringe Mengen von Steckrüben als einzige Nahrung zu geben. Zum Schutz vor der Eiseskälte konnten sie sich – mit bloßen Händen und Löffeln – nur in Erdhöhlen eingraben. Sie wurden so ermordet und starben elend an Hunger, Kälte und Seuchen.

In seiner langen bewegenden Rede sprach er vor allem von dem unbändigen Hunger, der keinen anderen Gedanken aufkommen lassen wollte, von der beißenden Kälte, gegen die sich die Gefangenen auch durch die gegenseitige Körperwärme etwas schützten – und: von der Kraft der Solidarität. Kraftvoll stieß Mark Tilewitsch bei diesem Bericht die Faust in den Himmel und sagte: »Solidarität hieß auch länger zu überleben, wenn jemand zu einem ziellos Herumtaumelnden sagte: Komm in unser Loch!«

Viel ließe sich zu seinen Ausführungen sagen, der geringe Platz ermöglicht noch die Erwähnung, dass auf unserer Veranstaltung als Redner außer Mark Tilewitsch auch folgende Personen auftraten und viel Beachtung fanden: Rolf Keller (Mitarbeiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Thema »Sowjetische Kriegsgefangenenlager in Niedersachsen«), Paul Stern (ver.di-Vorstandsmitglied Celle), Dimitri Tukuser (Liberal-Jüdische Gemeinde Wolfsburg, Region Braunschweig) sowie Mechtild Hartung (Sprecherin VVN-BdA Niedersachsen).

Unangekündigt aber auf besonderen Wunsch sprachen auch Peter Fischer, Mitglied des Zentralrates der Juden Deutschlands und Elke von Meding (Vorsitzende der AG Bergen-Belsen). Sie berichtete über die Schul-Aktion »Namensziegel«, mit der die Ermordeten vor der Vergessenheit bewahrt werden sollen.

Die Bläsergruppe der Kirchenkreiskantorei Wolfsburg gestaltete die Feier würdevoll mit ihren Musikbeiträgen und begleitete das gemeinsam gesungene »Lied der Moorsoldaten«.

Unter den Anwesenden in Hörsten waren unter vielen anderem der neue Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Habbo Knoch sowie sein Vorgänger, Dr. Winfried Wiedemann. **Mechthild Hartung**

Landesdelegiertenkonferenz: Bitte Termin vormerken

Die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen findet statt am **15./16. November** in der Heimvolkshochschule Hustedt.

(Fortsetzung von Seite 8)

tischen Armee auf Befehl Heinrich Himmlers die Tötungen durch Gas eingestellt und Gaskammern sowie Krematorien gesprengt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Auschwitz bereits zirka 1,5 Millionen Menschen ermordet worden.

Heute ist das Konzentrationslager Auschwitz Gedenkstätte und Symbol für den Völkermord und den Rassenwahn der Nazis.

Wir fahren zur Gedenkstätte und treffen uns dort unter anderem mit Überlebenden des KZ Auschwitz.

Der Treffpunkt zur Abfahrt wird noch bekannt gegeben. Anmeldungen per Mail an die VVN BdA Hameln unter vvn-bda-hameln@web.de

Wochenseminar in Auschwitz

Die VVN-BdA Hameln-Pyrmont und die Antifa Aktion Hameln-Pyrmont führen in Kooperation mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Mitte gGmbH ein Wochenseminar in Auschwitz durch.

Zeit: 26. Mai bis 1. Juni 2008
Kosten: 120 bis 150 Euro
Thema: Endet der Antisemitismus in Auschwitz?
Referent/innen: Antifaschistische Aktion Hameln, VVN-BdA Hameln-Pyrmont, Verein »Nigdy Wiecej« (Nie Wieder)

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. montags bis freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Die ideologische Gleichschaltung

Rückblick auf das Jahr 1933

Das strategische Konzept der NPD: »Kampf um die Straße, Kampf um die Parlamente und Kampf um die Köpfe« hat sein historisches Vorbild in der Strategie der NSDAP Anfang der 1930er Jahre.

Der Kampf um die Straße wurde mit dem Terror der SA und nach der Machtübertragung an Hitler mit Hilfe des staatlichen Repressionsapparats durchgesetzt. Den Kampf um die Parlamente entschied man durch die Verhaftung gewählter Abgeordneter der Arbeiterparteien, durch das Ermächtigungsgesetz vom März 1933 und durch die erzwungene Gleichschaltung und Auflösung der bürgerlichen Parteien bis zum Sommer 1933. Für den Kampf um die Köpfe waren andere Maßnahmen notwendig:

Neben der Verhaftung kritischer Intellektueller, wie beispielsweise Carl von Ossietzky, wurde Anfang April 1933 mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« die formaljuristische Grundlage dafür gelegt, antifaschistische und jüdische Wissenschaftler an den Hochschulen oder Lehrkräfte in den Schulen aus dem Dienst zu entfernen. Zwar war die Zahl linker Professoren an den deutschen Hochschulen recht gering, aber dennoch durchkämmten Nazistudenten des NSDStB die Hörsäle und forderten z.B. die Entlassung eines liberalen Pazifisten, wie Erich Gumbel in Heidelberg. Auch an den Universitäten in Marburg, Gießen und Frankfurt wurden zahlreiche Professoren in den Ruhestand versetzt oder entlassen. In Frankfurt wurde etwa ein Drittel aller Wissenschaftler abgelöst. Ernst Kantorowitz und Martin Buber wurden aus der Goethe-Universität verdrängt. Das renommierte Institut für Sozialforschung wurde geschlossen, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer emigrierten in die USA. Schon am 31. März 1933 wurde die gewerkschaftliche Bildungseinrichtung »Akademie der Arbeit« zwangsweise geschlossen.

»Undeutsches« wurde verbrannt und verbannt

Selbst vor Kultureinrichtungen machte der Naziterror nicht halt. Der Leiter der Frankfurter Kunstsammlung Städel wurde beschuldigt, »undeutsche Kunst« angekauft zu haben und sich nicht um »bodenständige zeitgenössische« Kunst gekümmert zu haben. Max Beckmann, der als Lehrender in Frankfurt tätig war, verließ daraufhin Deutschland.

Aber nicht nur die Lehrenden, auch die Lehren selber wurden verfolgt. Einen sichtbaren Ausdruck dieses Kampfs um die intellektuelle Hegemonie waren die Bücherverbrennungen im Mai 1933. Es begann am 10. Mai in den Universitätsstädten Marburg und Frankfurt. Dort wurden in aller Öffentlichkeit Scheiterhaufen errichtet, auf denen die Bücher marxistischer, linkintellektueller und jüdischer Wissenschaftler und Schriftsteller verbrannt wurden. Diese Veranstaltungen begannen mit einem Aufmarsch der Studierenden in Uniform des NSDStB und der jeweiligen studentischen Verbindung, Hochschullehrer in Talaren begleiteten den Zug. Am Ort des Geschehens wurden markige »Feuersprüche« verlesen und gleichzeitig entsprechende Bücher in die Flammen geworfen. Am folgenden Tag wurde stolz die Liste der vernichteten Werke in der Lokalpresse veröffentlich.

In Kassel, wo keine Universität bestand, wurden diese Bücher am 19. Mai auf dem Friedrichsplatz verbrannt. Die Stadt- und Schulbibliotheken wurden zu diesem Zweck geplündert. Auch die Bürger der Stadt waren aufgefordert, aus ihren Privatbibliotheken entsprechende Bände mitzubringen und dort auf den Scheiterhaufen zu werfen.

Natürlich wurden Theaterstück solch »verbrannter« Dichter anschließend nicht mehr auf den hessischen Bühnen gespielt. Und so umfasste diese Vernichtung von Kulturgut alle Bereiche des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

Denkmalsturm und Gleichschaltung

Um jegliche Erinnerung an linke und jüdische Kultur und Tradition aus dem öffentlichen Bild zu tilgen, setzte mit dem Frühjahr 1933 in den verschiedenen hessischen Städten ein Denkmalsturm und eine Kampagne zur Straßenumbenennung ein. In Frankfurt wurden beispielsweise das Ludwig Börne und das Heinrich Heine Denkmal zerstört. In Kassel demolierten Nazi-Horden später den Aschrott-Brunnen, das Geschenk eines jüdischen Bürgers zur 1000-Jahrfeier der Stadt Kassel. Straßen, die an Demokraten oder gar linke Persönlichkeiten erinnerten, wurden umbenannt. In fast jeder mittelgroßen Stadt gab es im Jahr 1933 einen Adolf-Hitler-Platz oder eine Adolf-Hitler-Straße.

Mit all diesen Maßnahmen versuchten die Faschisten, eine vollständige ideologische Gleichschaltung zu vollziehen. So galt bereits der Besitz von linker Literatur, das Eintreten für nichtfaschistische Wissenschaftsansätze als Form nichtkonformen Verhaltens, die von den Nazis mit aller Härte verfolgt wurde. Auf diese Weise fanden andererseits auch nichtorganisierte Intellektuelle in die Reihen des antifaschistischen Widerstands. Ulrich Schneider

Vor 75 Jahren, am 10. Mai 1933, nahmen Studenten und Professoren der Frankfurter Universität den kulturellen Kahlschlag der Nazis vorweg: Sie errichteten auf dem Römerberg einen Scheiterhaufen und verbrannten »Marxistische und undeutsche Literatur«. Heute erinnert eine auf Initiative der VVN geschaffene Metallplatte an der Stelle des Scheiterhaufens an diesen Akt kultureller Barbarei.

An dieser Gedenkplatte veranstaltet die VVN-BdA Frankfurt am Samstag, 10. Mai, 15.30 Uhr, zusammen mit dem DGB Region Frankfurt Rhein-Main eine Lesung namens »Verbrannte Schriftsteller«.


Die Bücherverbrennung auf dem Römerberg

Am 2. Mai 1933 haben die Nazis mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser die Gewerkschaften zerschlagen. Daran erinnert die von Axel Ullrich erarbeitete Ausstellung »... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir – Nationalsozialismus und freie Gewerkschaften im Mai 1933« im DGB-Haus Frankfurt.

Außerdem findet am 9. Juni, ab 19 Uhr, in der Stadthalle Rüsselsheim eine Veranstaltung der Rüsselsheimer Initiative gegen Rechtsextremismus statt.

Zurückdrängung der Neonazis

Zehnte Landesdelegiertenkonferenz in Thüringen

Die 10. Landesdelegiertenkonferenz (LDK) des Thüringer Verbandes VdN-BdA am 29. März in Erfurt war trotz der zunehmenden Schwierigkeiten, seine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, durchweg von Optimismus getragen.

Seine wichtigsten Aufgaben können mit den Stichworten Geschichtsarbeit, Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, Mitgliederbetreuung und verstärkte Mitgliederwerbung umschrieben werden. Anlass für eine optimistische Stimmung bot nicht zuletzt das Auftreten prominenter Vertreter der Thüringer Landesverbände von SPD, DieLinke und Grünen. Sie betonten die Dringlichkeit, die Potentiale der VVN-BdA in der Auseinandersetzung mit den Neonazis auch künftig wirksam zu machen, und bekundeten die Bereitschaft, den Verband durch Mitglieder aus ihren Parteien zu stärken. Die Beiträge von Birgit Pelke, Vizepräsidentin des Thüringer Landtages und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und von Astrid Rothe-Beinlich, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, wurden mit viel Beifall aufgenommen.

Hauptthema der Delegiertenkonferenz war die Frage, wie dem wachsenden Einfluss der Neonazis begegnet werden kann. Der Landesvorsitzende des Thüringer Verbandes VdN-BdA, Dr. Roland Hahnemann, kennzeichnete die Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« als wichtigsten Erfolg der VVN-BdA in den letzten beiden Jahren. Hier sei es gelungen, für eine von uns ausgehende Initiative öffentliche Beachtung und Unterstützung zu finden. Die Forderung nach einem NPD-Verbot wurde auf der LDK bekräftigt. Im Referat und in der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Gruppierungen besonders im ländlichen Raum Fuß fassen und nicht ohne Erfolg versuchen, in Vereine einzudringen, an verschiedenen Aktionen teilzunehmen und selbst Bürgeranliegen aufzugreifen. Der Landesregierung wurde vorgeworfen, dass sie ein Landesprogramm gegen den Rechtsextremismus verhindere und dazu neige, in den Neonazis lediglich ein Gewaltproblem zu sehen.

Hauptthema: Wie begegnen wir den Neonazis?

Die Zusammenarbeit mit Jugendlichen, speziell auch mit Schulen, spielt in Verbindung mit der in mehreren Städten realisierten Beteiligung unseres Verbandes an der Verlegung von Stolpersteinen zur Erinnerung an Opfer des Faschismus ebenfalls eine wichtige Rolle. Um den Neonazis das Wasser abzugraben, reicht es nicht aus, die Wahrheit über den vergangenen Faschismus zu verbreiten. Es sei unbedingt eine fundierte Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Erscheinungsformen der nazistischen Ideologie erforderlich. Das unterstrich Richard Häsler (Weimar), Mitglied des Bundesausschusses und des Sprecherrates der VVN-BdA.

Der als Gast anwesende Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion der Linken André Blechschmidt, der dem Thüringer Verband die Unterstützung der Fraktion zusicherte, sah als entscheidenden Aspekt an: Demokratische Parteien müssten die Probleme der Bürger aufgreifen und lösen. Geschehe dies nicht, eröffnen sich Einflussmöglichkeiten für Neonazis.

Soll die Wirksamkeit des Verbandes erhalten bleiben, muss der noch immer anhaltende Mitgliederschwund und das damit einhergehende Verschwinden von Basisgruppen aufgehalten werden. Karl-Heinz Vogt (Erfurt) setzte sich dafür ein, in der Mitgliederwerbung nicht nachzulassen. Sabine Berninger (Mitglied der Landesvorstände der LINKEN und des Thüringer Verbandes VdN/BdA) sprach sich dafür aus, die VVN-BdA für junge Leute attraktiver zu machen und offensiver als "Bund der Antifaschisten" in Erscheinung zu treten.

Gotthard Martin

Kampagne: »Kein Bier für Nazis«

Anti-Nazi-Koordination gibt Tipps für Kneipiers

Die Anti-Nazi-Koordination (ANK) Darmstadt hat mit ihrer Broschüre »Kein Bier für Nazis« voll ins Schwarze getroffen: Da sich auch in Darmstadt Neonazis immer öfter auf dreiste Weise in Kneipen breit machen, wenden sich die Nazigegner mit einer »Kneipen-Kampagne« an die Gastwirte.

An sie wird die Forderung gerichtet, Neofaschisten und Rassisten keine Räumlichkeiten für Treffen und Konzerte zu überlassen. Die ANK beläst es aber nicht bei der bloßen Forderung, sondern gibt detaillierte Tipps zum Umgang mit Nazi-Veranstaltungen, erinnert wird an etliche Tricks und Tarnungen der Neonazis, um Räumlichkeiten buchen zu können.



Die kleine Broschüre liefert darüber hinaus noch weit mehr als praktische Tipps für Gastwirte. Sie nennt und beschreibt neofaschistische Gruppierungen in Süd-Hessen von der NPD über die »Freien Kameradschaften« bis hin zum Rechtsrock, der musikalischen Einstiegsdroge für Jugendliche in die rechtsextreme Szene. Mit ihrer Fülle an Informationen ist das Heft »Kein Bier für Nazis« auch weit über die Region Darmstadt hinaus nützlich und anwendbar.

A.N.K.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Frankfurt Rhein-Main

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Eine Fahrt in die Vergangenheit

Wochenendseminar
„Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald“

vom 27. bis 29. Juni 2008

Die Anzahl der möglichen Teilnehmer/innen ist auf maximal 25 Personen begrenzt. Wir bitten deshalb darum, sich möglichst umgehend schriftlich bei der DGB-Region Frankfurt Rhein-Main anzumelden. Der Teilnehmerbeitrag von 70.- Euro pro Person soll unter dem Stichwort: „Buchenwald-Seminar 2008“ auf unser Bankkonto Nr. 1000 233 700 bei der SEB Bank AG in Frankfurt am Main (BLZ: 500 101 11) überwiesen werden; erst dann können wir Ihnen auch endgültig die Teilnahme an unserer Buchenwaldfahrt bestätigen. Das Seminar wird mit Unterstützung des DGB-Bildungswerk Hessen durchgeführt.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Fans reisen nach Dachau

Antirassismus mit Jugendlichen aus dem Ruhrpott

Die »Borussenfront« als brutale rassistische Vorläuferin der Nazi-Kameradschaften in Dortmund ist noch heute in böser Erinnerung. Heutige Borussenfans nehmen die Fahrten zu Auswärtsspielen ihres Vereins auch einmal zum Anlass, sich über die Verbrechen des Faschismus zu informieren.

So konnte Martin Löwenberg, mit 18 Jahren als Sohn jüdischer Sozialdemokraten im KZ inhaftiert und heute 83jähriger bayerisches VVN-BdA-Landesvorstandsmitglied, kürzlich 32 junge schwarzgelbe Fans aus Westfalen durch die Gedenkstätte des KZ Dachau führen. Christopher (17) aus Lippstadt befand hinterher: »Ich denke, dass so ein persönliches Gespräch und die Erfahrung mit keinem Lehrmaterial zu vergleichen ist.« Und Kevin (22) aus Dortmund sagte danach: »Die Parallelen zur heutigen Zeit haben mich nachdenklich gemacht.« Die beiden mitgereisten Fanbetreuer Sebastian Walleit und Jens Volke hoffen nun, mit dieser Fahrt ein Zeichen gesetzt und die Fans in der Ansicht gestärkt zu haben, »dass Rassismus und Antisemitismus nichts in unserer Gesellschaft zu suchen haben« – das gelte besonders auch für den Fußball. **RN**

Landesinnenminister blockiert NPD-Verbotsverfahren

Experten: V-Leute nur Vorwand für Nichtstun

NRW beteiligt sich nicht an Bestrebungen, die NPD zu verbieten. Besonders die SPD in Regierungsämtern fordert hingegen derzeit eine Neuauflage des Verbotsverfahrens gegen die Nazipartei. SPD-Minister sandten dem Bundesinnenministerium Informationen, damit die Erfolgsaussicht für ein Verbot fundiert beurteilt werden kann.

Die Partei DieLinke forderte, die V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD zurückzuziehen, damit das Bundesverfassungsgericht keinen Grund hat, einen Verbotsantrag nicht zur Behandlung zuzulassen, weil nicht erkennbar sei, welche Beweise original NPD sind und welche vom Staat konstruiert.

Der Duisburger Rechtsextremismus-Experte Martin Dietzsch und sein verstorbener Kollege Alfred Schobert haben dazu eine der VVN-BdA zugesandte Studie über die Tätigkeit der V-Leute erarbeitet. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Spitzel der NPD keinen Schaden zugefügt, sondern ihr im Gegenteil sogar genutzt hätten. Als Kronzeugen hierfür führten sie die ehemaligen nordrhein-westfälischen NPD-Funktionäre Udo Holtmann und Wolfgang Frenz an. Deren Agieren habe gezeigt, dass die V-Leute nicht als »Agents provocateurs« gewirkt hätten, sondern es sich bei ihnen um Personen handele, die man zu nichts anstiften könne, weil sie ohnehin zu allem bereit seien. Ihre Aktivitäten hätten sich nahtlos mit dem Kurs der Partei gedeckt und gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze hätten die Agenten über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei genossen. Deshalb wäre es auch

Die Rolle von Frenz und Holtmann

vollkommen unsinnig, von einer Steuerung der NPD durch den Verfassungsschutz zu sprechen, heißt es weiter. Man müsse sich umgekehrt fragen, ob nicht der Verfassungsschutz von NPD-Funktionären manipuliert worden sei.

Dafür sprechen auch die zahlreichen Hinweise, dass es unter dem ehemaligen NPD-Parteichef Günter Deckert interne Absprachen gegeben habe, was dem Verfassungsschutz berichtet werden sollte und was nicht. Das staatliche Geld für diese Informationen wurde dann zwischen V-Mann und Partei geteilt, heißt es.

Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied Frenz hatte von Anfang der sechziger Jahre bis 1995 für den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Seiner Enttarnung im Zuge des NPD-Verbotsverfahrens waren weitere gefolgt. So auch Holtmanns, Chef der NPD in NRW. Bei den Enttarnungen wurden äußerst zweifelhafte Vorgänge bekannt: So waren V-Leute offenbar an der Produktion von besonders radikalen rechten Tonträgern beteiligt. Im vergangenen Jahr flog erneut ein V-Mann des Verfassungsschutzes NRW auf. Dieser war in der internationalen Neonazi-Szene als Konzertveranstalter aktiv und in kriminelle Machenschaften verwickelt. Das NRW-Innenministerium weigerte sich, einen V-Mann-Führer seines Hauses durch die Staatsanwaltschaft verhören zu lassen, obwohl er V-Leute vor Ermittlungen ge-

Minister schützt kriminellen V-Mann

warnt hatte, selbst solche V-Leute, die als Waffen- und Drogenhändler tätig waren. Mit einer dieser Waffen hatte ein Neonazi in Dortmund einen Ausländer schwer verletzt.

In NRW setzen die Sicherheitsbehörden weiter auf V-Männer, die Nazis sind. Dagegen protestierte die VVN-BdA NRW. Sie forderte Beiträge des Landes zum Verbot der NPD, ferner die Verhinderung aller Aktionen, an denen die NPD beteiligt ist. Weiter wird verlangt: »Einstellung aller Unterstützung der NPD, also Abschaltung aller Spitzel (V-Leute) und Einstellung aller Finanzzuwendungen. Auflösung aller 'Kameradschaften', die als illegale Nachfolgeorganisationen der in den 90er Jahren verbotenen FAP und anderen NS-Gruppen agieren.« **M. D.**

15 Jahre nach Solinger Brandanschlag: Kundgebung gegen Rassismus

Dem rassistischen Mordanschlag von Solingen am 29. Mai 1993 fielen fünf Menschen türkischer Abstammung zum Opfer. 17 weitere Bewohner des abgebrannten Hauses in der Unteren Wernerstraße 81 erlitten schwere Verletzungen.

Drei Tage vor dem Brandanschlag hatte der Deutsche Bundestag das Grundrecht auf Asyl erheblich eingeschränkt. Neonazis und andere rassistische Gruppen fühlten sich in ihrem Treiben bestärkt.

Donnerstag, 29. Mai 2008

Gedenkveranstaltung
der Stadt Solingen

am Mahnmal vor dem Mildred-Scheel-Berufskolleg, Beethovenstr. 225, 42655 Solingen-Merscheid, 18 Uhr

Gedenkkundgebung
zum 15. Jahrestag des Brandanschlages

Untere Wernerstraße, Ecke Schweizer Straße, 42651 Solingen, 19 Uhr

Samstag, 31. Mai 2008

Demonstration

Rassismus und Faschismus bekämpfen!

Treffpunkt: Mühlenplatz in 42651 Solingen, 12 Uhr

Die VVN-BdA ruft mit vielen anderen Organisationen gemeinsam auf. Es spricht unter anderem Ulrike Düwel, VVN-BdA-Landessprecherin.
Weitere Informationen unter: www.Solinger-Appell.tk

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Rombergparkkomitee begrüßt neue internationale Mitglieder

Deutsch-französische Widerstandsgruppe wirkte in Lippstadt

Auf der diesjährigen Tagung des Internationalen Rombergparkkomitees stellte es das von ihm herausgegebene Buch »Mörderisches Finale« über die Kriegsendverbrechen der Nazis vor. Im Zuge der Recherchen zu dem Buch wurde eine deutsch-französische Widerstandsgruppe in Lippstadt entdeckt, die in der Widerstandsliteratur bisher nicht genannt wird.



Jupp Angenfort und Wladimir Gall bei der Tagung des Internationalen Rombergparkkomitees. Bilder: Uwe Bitzel

Die deutschen Arbeiter Fritz Sprink, Franz Engelhardt, Stefan Freitag, Albert Klar und ihre französischen Kollegen, die Zwangsarbeiter Robert Vanderyssen, Leon Chadirac und Robert Deyredk, gehörten zu den rund 300 Ermordeten aus der Dortmunder Bittermark und dem Rombergpark vom Frühjahr 1945. Sie unterschieden sich von den anderen Opfern dadurch, dass gegen sie eine Anklage vor dem Volksgerichtshof in Berlin erhoben worden ist. Die erst jetzt im Bundesarchiv wiederentdeckte Anklageschrift stammt vom 22. März 1945; an diesem Tag waren die angeklagten Arbeiter des Drahtwerks Union aus Lippstadt



Brigitte Scamps, die Tochter von Leon Chadirac.

vermutlich bereits ohne Urteil per Genickschuss am Rande eines Bombentrichters ermordet worden. Die Anklageschrift des »Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof« (Aktenzeichen 9 J 29/45 Bez. 6) warf der Gruppe »Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat, Wehrkraftzersetzung und Rundfunkverbrechen« vor.

Besondere Tragik wurde im Fall von Leon Chadirac deutlich, der bis heute in seinem Heimatland Frankreich als Abtrünniger gilt,

Leon Chadirac ist ein Vorbild für heute

weil er vom Kriegsgefangenen- in den Zivilstatus übergehen wollte. Dies geschah offenbar zur Tarnung. Die Gestapo laut Anklage: »Der Angeschuldigte Chadirac beschäftigte sich im Gespräch mit den Verhältnissen der deutschen und französischen Arbeiter und wünschte für sie den Kommunismus herbei. Er trat für ein Pan-Europa mit Einschluss Sowjetrußlands ein.«

Die Angehörigen Chadiracs nahmen bei dem Treffen in Dortmund bewegt die Kopie der Anklageschrift entgegen. Die Tochter Chadiracs, Brigitte Scamps, sagte vor dem Internationalen Rombergparkkomitee über ihren Vater: Leon Chadirac, das wisse sie nun, habe »den Kopf oben behalten und gehandelt, während andere den Kopf hängen ließen und nichts taten.« Er habe »sein Bestes mit Großmut und Menschlichkeit gegeben. Dieses Engagement hat er sehr teuer bezahlt. Seine Enkelkinder können stolz auf ihn sein. Sein Beispiel zeigt, dass man auch im Kleinen dem Frieden dienen kann.«

Erstmals seit langer Zeit war auch das Russische Komitee der Kriegsveteranen wieder mit einem Delegierten beim Internationalen Rombergparkkomitee vertreten, und zwar mit Wladimir Gall. Er hat 1945 an der Befreiung Berlins teilgenommen; unvergessen ist seine Befreiungstat an der Spandauer Zi-

Wladimir Gall zu Gast

tatelle, die er gemeinsam mit dem späteren Filmregisseur Konrad Wolf (»Ich war 19«) ausführte, um Hunderten Zivilisten das Leben zu retten.

Zugestimmt wurde auf der Tagung der Feststellung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Knesset in Tel Aviv vom 18. März 2008: Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürften in Deutschland und in Europa »nie wieder Fuß fassen«. Es sei ihr daher auch ein wichtiges Anliegen, das Bewusstsein für eine Erinnerungskultur zu wecken, die auch dann noch trage, wenn keine Holocaust-Opfer mehr leben. Sie verneige sich vor den Opfern. (SZ vom 19. März 2008) **Ulrich Sander**

Stolberg wehrt sich:

Neofaschisten missbrauchen 19-jähriges Todesopfer

In Stolberg bei Aachen kam es Anfang April zu einem tragischen Aufeinanderprallen zweier Jugendcliquen, das für Kevin P. (19) tödlich endete. Da in Kevins Clique ein NPD-Anhänger vermutet wurde und in der anderen Gruppe ein Nichtdeutscher sich als Messerstecher betätigt haben soll, drehen die Nazis voll auf und marschieren Woche für Woche als rassistische Hetzer auf.

Die NPD instrumentiert den »deutschen Jungen« Kevin für eine Märtyrergeschichte. Die Staatsanwaltschaft dementiert diesen Hintergrund und die Begründung für »Trauermärsche«. Bereits zweimal im April, machten die Antifaschisten im Aachener Raum, darunter die VVN-BdA gegen die Hetze der Nazis mobil. Diese waren mit bis zu 800 Faschos aus ganz Deutschland in Stolberg erschienen. Ein weiterer Naziaufmarsch war für den 26. April angekündigt. Demokraten setzten zwei antifaschistische Demos dagegen. So auch eine Demonstration des »Antifaschistischen Aktionsbündnisses Aachen«. Rund 1000 Demokraten erschienen.

Die Eltern von Kevin ließen erklären, ihr Junge habe nichts mit der NPD zu tun. Sie klebten ein Plakat mit dem Text: »Hört auf, so über unseren Sohn zu lügen.« Das Plakat enthält Fotos von Kevin zusammen mit ausländischen Jugendlichen. »Sieht so ein Rassist aus?« steht daneben.

Doch die Nazis halten daran fest, Stolberg wieder zu ihrer Hochburg zu machen. Dort hat es bis zum Verbot 1994 den Bundesstützpunkt der Wiking-Jugend gegeben. Noch heute sitzt die NPD mit zwei Abgeordneten im Stadtrat. In Aachen und Stolberg bekamen die Nazis immer wieder Hilfe durch die Polizei. So schützte sie in Stolberg wiederholt die Rechten und half den Antifaschisten nicht. Es gab bei den Antifaschisten Verletzte. Doch ein breites Bündnis von Gegnern der Rechten gibt nicht auf. **Z. M.**

Gedenkstunde zur Erinnerung an Opfer der Gestapo

»Menschen, auf die wir stolz sein können«



Zwei Tage vor Einmarsch der US-Amerikaner in Solingen wurden 71 Männer von der Gestapo erschossen und verscharrt.

Bei der Gedenkveranstaltung am 27. April in der Wenzelnbergschlucht bei Solingen sprach Ulrike Düwel, Landessprecherin der VVN-BdA. »Für uns«, so führte sie aus, »stehen sie für das 'andere Deutschland' – Menschen auf die wir stolz sein können! Menschen, die deutlich NEIN gesagt haben zum Faschismus in Deutschland!« Es sei überfällig, daß die NPD mit ihren militanten Hilfstruppen verboten wird. »Unser Grundgesetz – der Artikel 139 für die Befreiung vom Nazismus – gibt dazu alle Möglichkeiten.«

Bild: Jochen Vogler

»Der Nazisturm auf Gewerkschaftshäuser ist Warnung für heute«

DGB-Sprecher bei VVN-BdA-Veranstaltung

In Duisburg haben die Nazis am 2. Mai 1933 beim Sturm auf das Gewerkschaftshaus die Gewerkschaftsfunktionäre Julius Birk, Emil Rentmeister, Michael Rodenstock und Johann Schlösser erschlagen. Auf einer Gedenkveranstaltung am 2. Mai im Dokumentationszentrum der VVN-BdA Duisburg sagte der DGB-Regionsvorsitzende Rainer Bischoff, der 2. Mai 1933 warne vor neuem Unheil.

Das Zurückweichen der ADGB-Führung vor den Nazis unter dem Motto „Wir erhalten unsere Organisation bis die Nazis abgewirtschaftet haben“, das habe diese nur noch bestärkt in ihrem Terror gegen die Arbeiter und ihre Organisationen. Für heute, so Bischoff, gelte es die Lehren zu ziehen: Wir dürften den Nazis keinen Fußbreit Boden gewähren, sonst beginnt das Verhängnis erneut.

In Hamburg – so führte am selben Tag VVN-Landessprecher Ulrich Sander auf der DGB-Kundgebung vor dem ehemaligen DGB-Haus in Münster aus - habe der DGB kampflos den Nazis seine traditionelle Route der Maidemonstration überlassen, von wo sie gewalttätig auf junge Antifaschisten losgingen. So beherzige man nicht die Lehren des Jahres 1933.

Auf einer weiteren Gedenkveranstaltung in Duisburg betonte Guntram Schneider, der DGB-NRW-Bezirksvorsitzende, dass mit 1945 nicht die Nazis verschwanden, sondern heute aktiver sind denn je seien. Gerade der erste Mai hätte gezeigt, dass man es mit einer permanenten Gefahr von rechts zu tun hätte und nicht die Hände in den Schoss legen dürfte.

H. V. S.

Solidarität mit Mumia Abu-Jamal

Wuppertaler VVN-BdA informiert über Bürgerrechtler

Die Kreisvereinigung Wuppertal informierte am 10.April 2008 mit einer Veranstaltung über den zum Tode verurteilen Journalisten Mumia Abu-Jamal. Die VVN-BdA: »Abu-Jamal muss freigesprochen werden. Er ist unschuldig! Er ist Opfer der rassistischen 'Rechtssprechung' der USA.«

Der in diesen Tagen 54 Jahre alt werdende Mumia Abu-Jamal setzte sich schon in ganz jungen Jahren kritisch mit Themen wie Polizeigewalt und Rassismus vor allem in seiner Heimatstadt Philadelphia auseinander. Er war Mitglied der Black Panther Party, ein angesehener und engagierter Radiojournalist und Anhänger der neu entstandenen Bewegung »MOVE«. Ihm wird vorgeworfen, den Polizisten Daniel Faulkner am 9. Dezember 1981 erschossen zu haben. Aufgrund einer Reihe von falschen Zeugenaussagen, polizeilicher Unterlassungen bzw. Fehlern und Ungereimtheiten wurde Abu-Jamal zum Täter gestempelt und in einem rassistischen Verfahren zum Tode verurteilt. Seit 1982 sitzt er ununterbrochen in der Todeszelle. In einem erneuten fairen Verfahren, so sind sich der Angeklagte und sein Verteidiger Robert Bryan sicher, können alle Mordvorwürfe entkräftete werden.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW am 16. Februar 2008 brachte die Kreisvereinigung Wuppertal einen Initiativantrag ein, mit dem sich auch die Bundesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA im Mai beschäftigen wird. Es wurde beschlossen, eine Grußadresse an Mumia Abu-Jamal zu senden. Über die neuesten Ereignisse informierte dann die Kreisvereinigung Wuppertal mit freundlicher Hilfe der GEW, die den GEW-Gerkschaftsladen auf den Wuppertaler Ölberg zur Verfügung stellte. Der Kreisvorsitzende Jochen Vogler erinnerte an andere politische Gefangene wie Sacco und Vanzetti, die eine breite solidarische Unterstützung nicht vor der Vollstreckung des Todesurteils bewahren konnte. Aber auch an Angela Davies oder Nelson Mandela, die beide schließlich getragen von Solidarität ihre Freiheit wiedererlangten. Danach wurde über die aktuelle Entwicklung der letzten Tage in Mumias Fall dies berichtet: Die Neufestsetzung des Strafmaßes sei durch das Bundesberufungsgericht am 27.März 2008 angeordnet worden; die Vollstreckung des Todesurteils wurde ausgesetzt, aber die Verurteilung wegen Mordes bleibt bestehen. Es soll also keinen neuen Prozess geben, lediglich eine neue Jury soll zwischen lebenslanger Haft oder der Todesstrafe entscheiden. Die Solidaritätsbewegung müsse also weitergehen. Jochen Vogler: Mumias fortschrittlicher Geist sei ungebrochen. Er kläre in Radioprogrammen oder in seiner wöchentlichen Kolumne in der Jungen Welt über gesellschaftliche Zusammenhänge unserer Zeit, z.B. über den von den USA angeführten Irakkrieg, auf.

J. V.

Appell aus der Todeszelle

Antifaschismus bleibt notwendig

»Wieder sind wir der Gewalt des Krieges ausgesetzt, eines Krieges, der droht, sich über Generationen zu erstrecken.(...) dieser Krieg basiert auf Lügen, er basiert auf Habgier, (...) ein Krieg der mit demokratischen Worten, aber faschistischen Mitteln geführt wird, wie wir alle beim Blick in die Korridore des Abu-Ghraib-Gefängnisses in Bagdad sehen konnten. Hitler hätte die brutale und grausame Folter gutgeheißen, die gegen die arabischen 'Untermenschen' gerichtet wurde (...) Antifaschismus war nicht nur gestern notwendig, sondern auch heute, nicht nur damals sondern jetzt.« (Mumia Abu-Jamal 2005, in seiner Dankesrede zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft in der VVB-BdA).